

[Aus: Cholia, Harpreet Kaur & Jänicke, Christin (Hg.): Unentbehrlich. Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, 2021, Münster: edition assemblage. S.123-129.]

Trotz Angstzonen, Terrortowns und Baseballschlägerjahren Antifaschistische Antworten auf Angriffe gegen Linke und Alternative in Ostdeutschland

Christin Jänicke

*Die Wende 1989/90 war eine Zäsur. Vieles veränderte sich, vieles schien machbar. Diese unsichere Situation nutzten linke Aktivist*innen, um Häuser zu besetzen und eigene politische und kulturelle Räume zu gestalten. Während einerseits neue Freiheiten möglich wurden, wurden andererseits Freiheiten genommen. Insbesondere für marantisches und jüdisches Leben war der Mauerfall „eine gewaltvolle Zäsur“ (Lierke & Perinelli 2020), und auch die Zeit danach geprägt von Ausgrenzung und rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die rechte Hegemonie war in Teilen Ostdeutschlands so stark, dass sich eine ganze Generation junger Menschen positionieren musste: Bist du rechts oder nicht. Der Artikel beschreibt anhand der ostdeutschen Stadt Schwedt (Oder) und dem Land Brandenburg, wie sich Linke und alternative Jugendliche gegen die rechte Dominanz wehrten und wie sie Bündnisse schlossen, um sich und andere Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu unterstützen.*

Schwedt, 1993: Die 50.000 Einwohner*innen umfassende Industriestadt an der Oder im Norden Brandenburgs gilt als „Neonazi-Terrortown“¹. Eine braune Hochburg, deren Neubauten („Platten“) über Jahre das Bild der Stadt prägen und Angstzonen für viele Linke und alternative Jugendliche² darstellen. Die ORB-TV-Dokumentation „Die Stadt gehört uns“ fängt die rechte Hegemonie Anfang der Neunzigerjahre anschaulich ein. Ein junger Mann berichtet darin, dass er nach rechten Drohungen wegziehen muss: „Die Rechten diktieren hier das Geschehen. [...] Man muss nicht links oder Antifa sein, es reicht anders zu sein und schon kommt man ins Visier. [...] Die Bevölkerung ordnet sich unter [...].“ Auch in anderen Städten und in ländlichen Regionen berichten Betroffene, dass es reiche, Basecap oder Ohrringe zu tragen, Skater*in oder Raver*in, Hippie oder Grufti zu sein. Wenn sich die rechten Täter*innen an dem Äußeren ihrer Opfer, ihrer Zugehörigkeit zu anderen Jugendgruppen stören oder diese nicht Teil der rechten Cliquen sein wollen, werden sie mit Gewalt bestraft³. Im Gebüsch verstecken, bestimmte Orte meiden oder nur in Gruppen bewegen, gehörte zum Alltag, um Rechten aus dem Weg zu gehen. Bis es nicht mehr ging, wie zahlreiche Wegzüge aus Schwedt zeigen (u.a. aas 1993, Zelik 2000, Zschoge 2001).

¹ Der Schriftzug „Welcome to Terrortown“ begrüßte zeitweise Besucher*innen am Eingang der Stadt (Antifaschistisches AutorInnenkollektiv 1994).

² Alternative Jugendkultur war seit den Achtzigerjahren ein Begriff für Linke, Punks, Jugendliche, die selbstverwaltete Projekte gestalten und ihre Arbeit in Abgrenzung zur rechten Hegemonie verstanden. Durch das Auftreten der AfD wird dieser Begriff als Bezeichnung jedoch immer weniger genutzt.

³ Davon zeugen auch die Angriffe auf andere Betroffene, die für die Täter*innen nicht ins rechte Weltbild gehörten: In 1991 stirbt in Schwedt der 28-jährige Wolfgang Auch und im nahegelegenen Hohenselchow der 30-jährige Gerd Himmstädt. Sie sind zwei von 22 Menschen, die in Brandenburg in Folge von rechter, rassistischer oder sozialdarwinistischer Gewalt getötet werden. Mehr dazu: www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de und der Beitrag von Judith Porath und Joschka Fröschner in diesem Band.

Bundesweit bekannt geworden ist der Weggang von Ibraimo Alberto, lange ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter der Stadt. Nach zahlreichen rassistischen Angriffen verlässt er Schwedt und konstatiert: „Es gab die schweigende Mehrheit, die von alldem nichts wissen wollte“ (Alberto 2013: 193). In Schwedt zeigt sich, was auch in anderen Regionen zu beobachten ist: Die Normalisierung rechter Gewalt durch fehlende Problemwahrnehmung in Politik und Verwaltung, falsche oder fehlende Konzepte im Umgang mit (jungen) Neonazis, das Versagen und die Untätigkeit von Polizei. Derlei Defizite prägen eine ganze Generation militanter Neonazis, zu denen die Mörder und Unterstützer*innen des NSU zählten⁴. Zahlreiche Fernsehbeiträge, Filme, Artikel und literarische Verarbeitungen zeugen heute von den „Baseballschlägerjahren“⁵ nach dem Ende der DDR. Sie dokumentieren, wie ein Gefühl der Ohnmacht angesichts der rechten Dominanz Betroffene und Aktive prägte.

Im Folgenden geht es um die Beharrlichkeit antifaschistischen Engagements, trotz aller Widrigkeiten gegen die Angstzonen, Terrortowns und Baseballschläger vorzugehen. Während der Großteil der Bevölkerung wegsah, sich nicht traute zu intervenieren und die rechten Schläger*innen gewähren ließ, waren es junge Linke und alternative Jugendliche, die sich wehrten. Vorgestellt werden einige antifaschistische Antworten - nicht nur am Beispiel Schwedts: (1) Reagieren in Form notwendiger Selbstverteidigung über (2) Intervenieren in unterschiedlichen Formen praktischer Solidarität hin zum (3) Organisieren professioneller Unterstützungsarbeit für Betroffene. Immer mit dem Ziel: Die eigene Ohnmacht zu überwinden und die rechte Dominanz zurückzudrängen.

Reagieren: Aufgezwungene Selbstverteidigung

Linke und alternative Jugendliche sind Anfang der Neunzigerjahre u.a. in der Umwelt- und Friedensbewegung aktiv, besetzten Häuser, verstehen sich als Emos, Gruftis, Anarchos, Punks und vieles mehr. Sie schaffen subkulturelle Treffpunkte in Häusern, Kneipen und Läden. Die rechte Gewalt trifft nicht nur sie als Personen, sondern auch die neu erkämpften Freiräume und bedroht die Entfaltung alternativer Lebensentwürfe. Aufgrund der permanenten Angriffe auf Personen und Treffpunkte gibt es bei Schwedter Linken ein Umdenken vom passiven Opfer-Sein zu aktiver Gegenwehr: Das 1992 gegründete *Alternative Antifaschistische Stadtjugendprojekt* benennen sie um in *Autonome Antifa Schwedt*, denn mit dem neuen Namen verbinden sie eine „konsequenter Form“ antifaschistischer Organisierung: „Schon nach einigen Monaten wurde klar, mit schönen Flugblättern und kleinen Diskussionszirkeln kann man gegen prügelnde Neonazi-Banden und gute Neonazi-Organisierung nicht ankommen“ (aas 1993). Unter dem Label „Autonome Antifa“ rief die Gruppe im selben Jahr zusammen mit Antifagruppen aus Berlin und Brandenburg zu einer Demonstration in die nordbrandenburgische Stadt. Bereits Ende der Achtzigerjahre gründen sich in der ausgehenden DDR unabhängige Antifagruppen: Entscheidendes Ereignis ist der Angriff im Oktober 1987 auf ein Konzert in der Ostberliner Zionskirche, welches von Neonazis gestürmt und bei dem zahlreiche Besucher*innen verletzt werden, während die Volkspolizei nicht eingreift. In der

⁴ Für den Brandenburger Kontext empfehlenswert: Kleffner & Spangenberg 2016 sowie Lang & Wendt 2013.

⁵ Unter dem Twitter-Hashtag #baseballschaegerjahre erzählten Ende 2019 hunderte Menschen wie sie in den 1990er und 2000er Jahren von Neonazis verfolgt, bedrängt und verprügelt wurden. Initiiert hatte den Hashtag der Journalist Christian Bangel, der seine Erfahrungen mit rechter Gewalt in einem Roman niederschrieb.

Punkszene und anderen linken Kreisen ist der Angriff Anlass, um verstärkt über Organisierung und Selbstschutz zu diskutieren. Das zum Teil kontrovers. Gewalt lehnen viele Aktive ab, andere politische Aktionsformen wie Bildungs- und Aufklärungsarbeit, Kampagnen und Bündnisse stehen im Vordergrund. Doch mit zunehmender Präsenz neonazistischer Strukturen und der damit verbundenen Gewalt ist für einen Teil der Aktiven schnell deutlich: Selbstverteidigung und Gegenwehr sind unumgänglich (u.a. Antifa Halle 1994, Paul-Siewert & Jänicke 2017). Die Gewalterfahrungen sind dabei im doppelten Sinne zu verstehen: Einerseits in Form von politisch-legitimierter Praxis und Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten gegen die rechte Hegemonie. Andererseits als eine emotionale und alltägliche Einschränkung und moralische Grenzüberschreitung, deren unfreiwillige Notwendigkeit mit den Worten einer damaligen Aktivistin als „aufgezwungene Selbstverteidigung“ (Paul-Siewert & Jänicke 2017: 102) beschrieben werden kann.

Intervenieren: Praktische Solidarität

Selbstverteidigung und militante Gegenwehr waren nicht der einzige Weg, um der Ohnmacht zu entkommen. Für einige Engagierte war Gewalt keine Handlungsoption oder sie suchten Verbündete in der Stadtgesellschaft, die es aufzurütteln galt. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Proteste, Demonstrationen oder Straßenfeste gehörten dabei zum Repertoire antifaschistischen Protests. Intervenieren hieß aber nicht nur, durch solche Aktionen, ein politisches Signal zu setzen, sondern auch praktische Solidarität zu zeigen. Konkret hieß das etwa bei Angriffen auf linke Treffpunkte, auf Unterkünfte von Geflüchteten und Asylsuchenden oder nach rassistischen und antisemitischen Gewalttaten, vor Ort zu sein. Über Telefonketten setzten sich Aktive in Verbindung und mobilisieren somit kurzfristig Unterstützung. Um jedoch nicht erst nach einem Angriff zu reagieren, sollten auch präventiv Schutzräume für Betroffene geschaffen werden, wie etwa mit der *Aktion Noteingang*. Dabei handelte es sich um eine Kampagne, die 1998 von jungen Linken u.a. aus Schwedt initiiert wurde und die 2000 mit dem *Aachener Friedenspreis* ausgezeichnet wurde. An Eingangstüren und Schaufenstern von Geschäften, Lokalen und anderen Einrichtungen wurden Aufkleber angebracht, die die Orte als Schutzräume bei rassistischen Angriffen markierten und zugleich ein Bekenntnis gegen Nazis und Rassismus von der Stadtgesellschaft einforderten (Zelik 2000). In Schwedt entstand Ende der Neunzigerjahre eine alternative Jugendgruppe, die sich PUKK (*Politik und kritische Kultur, alternative Jugend Schwedt/Oder*) nannte. Sie organisierten sich in Reaktion auf rechte Gewalt. Mit Konzerten, Filmabenden, Seminaren und Bildungsveranstaltungen schufen sie eigene Angebote: „Wir glauben, dass man Nazis und Rassisten am effektivsten dadurch bekämpft, dass eigene alternative Inhalte aufgezeigt werden“ (PUKK 2001: 30). Die Jugendlichen waren diejenigen, die die öffentliche Debatte um Rassismus anregten und durch die Beteiligung an *Aktion Noteingang*, im direkten Austausch und der Unterstützung von Asylsuchenden praktische Solidarität mit Betroffenen zeigten.

Organisieren: Unterstützungsstrukturen schaffen

Zeitgleich zu PUKK und der *Aktion Noteingang* entstand in Brandenburg eine Struktur, die bis heute die Unterstützungsarbeit für Betroffene fortsetzt und die als zivilgesellschaftliche „Weiterentwicklung des Antifa-Konzeptes“ (Jaschke & Wendel 2013: 222) zu verstehen ist: Die *Opferperspektive* als Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Betroffene rechter Gewalt. 1998 als Initiative gegründet, war die *Opferperspektive* die erste Stelle, die das Konzept der spezialisierten Opferberatung aufbaute. Von Beginn an sahen die Gründer*innen der *Opferperspektive* die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt als Teil einer antifaschistischen Strategie (Gruppe *Opferperspektive* 1999). Insbesondere mit Blick auf die Angriffe auf linke und alternative Jugendliche sollte die Unterstützung Betroffener zur Stabilisierung einer demokratischen, emanzipatorischen Jugendkultur, die den Rechten etwas entgegengesetzt, beitragen. Aus der Praxis der Begleitung und Unterstützung, wie sie seit 1990 antirassistische Gruppen in Berlin und Brandenburg leisteten, hatten sie einen spezifischen Ansatz entwickelt. „Prägend für die Gründung war die Erfahrung von besetzten Jugendzentren und Wohnprojekten in Brandenburg, zu denen einzelne BerlinerInnen und Ex-BrandenburgerInnen Kontakte hatten“, erinnern sich die Gründer*innen Gabi Jaschke und Kay Wendel (2013: 217). Letzterer macht an einem Angriff 1993 auf einen Lehrer in Schwedt - der sich gegen Rechts positionierte - deutlich, wie fatal das Schweigen der Mehrheit ist: „Das Nicht-Verhalten gegenüber einer rechten Gewalttat bedeutet für die Opfer eins: praktische Entsolidarisierung. Erst das befestigt die Macht der Täter, erst das bewirkt die Ausgrenzung“ (Wendel 2001: 46). Um diesen Ausgrenzungsmechanismen der Täter*innen entgegenzuwirken, gehörte schon damals nicht nur die unmittelbare Unterstützung der Betroffenen, sondern auch die Dokumentation rechter Angriffe, der grundlegende Wechsel von der Täter- zur *Opferperspektive* (insbesondere in den Medien) und die Mobilisierung von Solidarität für die Betroffenen seitens der Zivilgesellschaft (Jaschke & Wendel, 2013) zum Ansatz.

Und heute?

Selbstverteidigung und Gegenwehr, das beharrliche Intervenieren in Kampagnen und Bündnissen sowie die Angebote linker, alternativer Jugendkultur konnten die rechte Hegemonie vielerorts zurückdrängen. In einigen Städten gelang es Strukturen, die bis heute Anlaufpunkt für antifaschistisches Engagement sind, sich zu etablieren. Anders als in den Baseballschlägerjahren sind Antifaschist*innen und andere Linke nicht mehr allein in ihrem Engagement gegen Neonazis. Heute gibt es brandenburgweit Strukturen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, politische Förderprogramme und zahlreiche Bildungsangebote. Im Land Brandenburg ist der Verein *Opferperspektive* inzwischen seit über zwanzig Jahren präsent und auch in anderen ostdeutschen Bundesländern konnten im Zuge des *CIVITAS-Bundesprogrammes* gegen *Rechtsextremismus* Beratungsstellen aufgebaut werden, die bis heute wertvolle Unterstützungsarbeit leisten⁶. Schwedt ist heute kein „Neonazi-Terrortown“ mehr. Die Neubaugebiete sind in großen Teilen zurückgebaut worden, seit sich die Zahl der Einwohner*innen der Stadt durch zahlreiche Wegzüge auf 30.000 reduziert hat. Neonazis und rechte Gewalt sind jedoch auch knapp dreißig Jahre später nicht

⁶ Siehe Interview mit Antje Arndt, Heval Demirdögen und Judith Porath in diesem Band.

verschwunden. Es hat sich also einiges verändert, aber es bleibt auch noch viel zu tun⁷.

Literaturverzeichnis

- Alberto, Ibraimo (2013): Ich wollte Leben wie die Götter. Was in Deutschland aus meinen Afrikanischen Träumen wurde. Mit Daniel Bachmann. Köln: Kiepenheuer & Wisch.
- Antifa Halle (1994). Der nationalistischen Stimmung entgegenstellen. In: Projektgruppe (Hg.). Antifa. Diskussionen und Tipps aus der antifaschistischen Praxis. Berlin: Edition ID-Archiv. S. 127-142.
- aas | Autonome Antifa Schwedt (1993): Welcome to Neonazi-Terrortown: Schwedt, in: Antifaschistisches InfoBlatt Nr. 23.
- Antifaschistisches AutorInnenkollektiv (1994): Schwedt – Welcome to Terrortown. Die Stadt der FaschistInnen, in: Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg, Berlin: Eigendruck. S. 57-65.
- Gruppe Opferperspektive (1999): Die Opfer in den Blickpunkt rücken. In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Was tun gegen rechts. Berlin: Elefanten Press. S. 46-57.
- Jaschke, Gabi & Wendel, Kay (2013). Wie alles anfing. In: Opferperspektive (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 216-226.
- Kleffner, Heike & Spangenberg, Anna (Hg.) (2016): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin: Be.Bra.
- Lang, Juliane & Wendt, Christina (2013): „Warnschüsse wären in diesem Fall gerechtfertigt gewesen“ In: Opferperspektive (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 18-28.
- Lierke, Lydia & Perinelli, Massimo (Hg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Berlin: Verbrecher Verlag.
- ORB | Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (1993): Die Stadt gehört uns. Rechte Gewalt in Schwedt 1993. Ein Film von Enrico Demurray & Gesine Enwaldt. ARD Exklusiv/ ORB.
- Paul-Siewert, Benjamin & Jänicke, Christin (2017): Von der aufgezwungenen Selbstverteidigung zur Gegenmacht. Subjektive Militanzverständnisse in Zeiten des Umbruchs. In: Jänicke, Christin & Paul-Siewert, Benjamin (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 96-114.
- PUKK (2001): PUKK alternative Jugend. Schwedt. In: Demokratisches Jugendforum Brandenburg (Hg.): „Netzwerke selbstbestimmter Jugendgruppen für politisches Handeln und kritische Kultur“. Brandenburg: Eigendruck.
- Wendel, Kay (2001). Das Prinzip Opferperspektive. In: AutorInnenkollektiv „Pfeffer und SalZ“ e.V.: Recherchebroschüre Rechtsextremismus. Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Uckermark, Ende 2001. S. 46-47.
- Zelik, Raul (2000): Die Rückkehrer. In: der Freitag. Die Wochenzeitung, Beitrag vom 14.07.2000, online unter <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/dieruckkehrer> [25.10.2020].
- Zschoge, Holger (2001): Die Instrumentalisierung des Gewaltbegriffs. In: AutorInnenkollektiv „Pfeffer und SalZ“ e.V.: Recherchebroschüre Rechtsextremismus. Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Uckermark, Ende 2001. S. 27-29.

⁷ Ich danke Gabi Jaschke für die anregende Diskussion zu diesem Text